
S 50 RS 153/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Sachsen
Sozialgericht	Sächsisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	7
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Jahresendprämie Glaubhaftmachung Mindesthöhe
Leitsätze	Zugehörigkeit zur zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz – Glaubhaftmachung der Höhe von dem Grunde nach glaubhaft gemachten Jahresendprämien in einer Mindesthöhe von einem Drittel des durchschnittlichen Monatsverdienstes Nach Ausschöpfung aller im konkreten Einzelfall gebotenen Ermittlungen kommt in Konstellationen der Glaubhaftmachung des Zuflusses von dem Grunde nach glaubhaft gemachten Jahresendprämien die Glaubhaftmachung von Jahresendprämien in einer Mindesthöhe von einem Drittel des durchschnittlichen Monatsverdienstes des einzelnen Beschäftigten in Betracht. Dies gilt nur für die Zeit von Juli 1968 bis Dezember 1982 und damit für die Planjahre von 1968 bis 1982.
Normenkette	AAÜG §§ 5 Abs. 1 Satz 1, 6 Abs. 1, 6 Abs. 6 SGB X § 23 Abs. 1 Satz 2 SGG § 128 Abs. 1 Satz 2

1. Instanz

Aktenzeichen	S 50 RS 153/17
Datum	11.11.2019

2. Instanz

Aktenzeichen	L 7 R 766/19 ZV
Datum	23.04.2020

3. Instanz

Datum

-

I. Auf die Berufung des KlÄßgers wird das Urteil des Sozialgerichts Dresden vom 11. November 2019 abgeÄndert. Die Beklagte wird unter Aufhebung des Bescheides vom 18. August 2014 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22. Oktober 2014 verurteilt, den Feststellungsbescheid vom 9. September 2005 dahingehend abzuÄndern, dass fÄ¼r die Jahre 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 weitere Arbeitsentgelte des KlÄßgers wegen zu berÄ¼cksichtigender JahresendprÄxmienzahlungen im Rahmen der bereits festgestellten Zusatzversorgungszeiten der zusÄtzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe wie folgt festzustellen sind: FÄ¼r das Jahr: 1973 261,30 Mark 1976 299,91 Mark 1978 341,42 Mark 1979 349,50 Mark 1980 347,75 Mark 1981 351,82 Mark 1983 411,11 Mark Im Ä¼brigen wird die Berufung zurÄ¼ckgewiesen.

II. Die Beklagte erstattet dem KlÄßger dessen notwendige auÄßergerichtliche Kosten zu vier FÄ¼nfteln.

III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten Ä¼ber im Rahmen eines Ä¼berprÄ¼fungsverfahrens und im Berufungsverfahren nur noch Ä¼ber die Verpflichtung der Beklagten weitere Entgelte des KlÄßgers fÄ¼r Zeiten der ZugehÄ¼rigkeit zur zusÄtzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz fÄ¼r die Jahre 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 (Zuflussjahre) in Form von JahresendprÄxmien festzustellen.

Dem 1947 geborenen KlÄßger wurde, nach erfolgreichem Abschluss eines Hochschulstudiums in der Fachrichtung Fertigungstechnik an der Technischen UniversitÄ¼t A Ä¼ in der Zeit von August 1966 bis Februar 1971, mit Urkunde vom 17. Februar 1971 der akademische Grad "Diplomingenieur" verliehen. Er war vom 1. Februar 1971 bis 30. Juni 1990 (sowie darÄ¼ber hinaus) als wissenschaftlich-technischer Mitarbeiter, Entwicklungsingenieur, Projektleiter, Leiter Laserzuschnitt sowie Abteilungsleiter Erzeugniskonstruktion im volkseigenen Betrieb (VEB) Lufttechnische Anlagen A Ä¼ beschÄ¼ftigt. Er war zu Zeiten der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) nicht in ein Zusatzversorgungssystem der Anlage 1 zum Anspruchs- und AnwartschaftsÄ¼berfÄ¼hrungsgesetz (AAÄ¼G) einbezogen.

Am 13. August 2005 beantragte der KlÄßger Ä¼ber im Rahmen eines KontenklÄ¼rungsverfahrens Ä¼ber die Ä¼berfÄ¼hrung von Zusatzversorgungsanwartschaften und legte eine Entgeltbescheinigung der Lufttechnische Anlagen GmbH vom 3. Juni 2005 (fÄ¼r den BeschÄ¼ftigungszeitraum vom 1. Februar 1971 bis 31. Dezember 1990) vor. Mit Bescheid vom 9. September 2005 stellte die Beklagte die Anwendbarkeit von Ä¼ 1 AAÄ¼G, die

Beschäftigungszeiten des Klägers vom 1. Februar 1971 bis 30. Juni 1990 als "nachgewiesene Zeiten" der zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz (= Zusatzversorgungssystem Nr. 1 der Anlage 1 zum AAStG) sowie die in diesen Zeiträumen erzielten Arbeitsentgelte, auf der Grundlage der Entgeltbescheinigung der Lufttechnische Anlagen GmbH vom 3. Juni 2005, fest.

Mit Überprüfungsantrag vom 7. April 2014 (Eingang bei der Beklagten am 10. April 2014) begehrte der Kläger die Berücksichtigung von Jahresendprämien in Höhe von 70 Prozent des Entgelts des vorangegangenen Kalenderjahres bei den festgestellten Arbeitsentgelten als glaubhaft gemachte Entgelte. Zur Glaubhaftmachung legte er schriftliche Zeugenerklärungen von Dr. Y. vom 10. Februar 2014 sowie von X. vom 17. Juli 2014 vor. Die Zeugen gaben jeweils an, dass im VEB Lufttechnische Anlagen A. zu DDR-Zeiten jedes Jahr Jahresendprämien für alle Mitarbeiter gezahlt wurden, die am Verdienst orientiert waren.

Den Überprüfungsantrag lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 18. August 2014 ab. Hiergegen erhob der Kläger mit Schreiben vom 26. August 2014 (Eingang bei der Beklagten am 29. August 2014) Widerspruch und begehrte weiterhin die Anerkennung von Jahresendprämien auf der Grundlage der Glaubhaftmachung. Den Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 22. Oktober 2014 als unbegründet zurück. Zur Begründung führte sie aus: Der Zufluss und die Höhe der begehrten weiteren Arbeitsentgelte in Form von Jahresendprämien sei weder nachgewiesen noch glaubhaft gemacht worden. Die Zeugenerklärungen enthielten keine konkreten Angaben zum Kläger und seien daher nicht ausreichend. Die Höhe der Jahresendprämien des Einzelnen sei von einer Vielzahl von Faktoren abhängig gewesen, die heute ohne entsprechende Unterlagen nicht mehr nachvollzogen werden könnten. Eine pauschale Berücksichtigung der Prämien könne daher nicht erfolgen.

Hiergegen erhob der Kläger am 13. November 2014 Klage zum Sozialgericht Dresden und begehrte die Berücksichtigung von Jahresendprämien für die Zuflussjahre 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 bis 1990 als glaubhaft gemachte Entgelte.

Das Sozialgericht Dresden hat eine schriftliche Zeugenerklärung von X. am 2. April 2015 eingeholt und die Klage nach Anordnung des Ruhens des Verfahrens mit Beschluss vom 26. November 2015 und Fortführung des Verfahrens mit Verhängung vom 27. Januar 2017 mit Urteil vom 11. November 2019 abgewiesen. Zur Begründung hat es ausgeführt: Zufluss und Höhe der begehrten Jahresendprämien habe der Kläger weder nachgewiesen, noch glaubhaft gemacht. Über Unterlagen verfüge er nicht. Auch die Zeugen hätten zur Höhe der Jahresendprämien keine Angaben gemacht. Allgemeine Erklärungen seien nicht ausreichend. Eine Mindestjahresendprämie hätten die DDR-Regelungen nicht vorgesehen.

Gegen das am 18. November 2019 zugestellte Urteil hat der Kläger am 11. Dezember 2019 Berufung eingelegt, mit der er sein Begehren nach Feststellung von

Jahresendprämien nur noch für den Zeitraum von 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 (Zuflussjahre) weiterverfolgt. Die Jahresendprämienzahlungen seien dem Grunde durch die Zeugenaussagen glaubhaft gemacht worden. Deren Höhe sei zumindest in der Mindesthöhe von einem Drittel entsprechend der Rechtsprechung des 5. und 7. Senats des Sächsischen Landessozialgerichts (LSG) glaubhaft gemacht worden.

Der Kläger beantragt â sinngemäß und sachdienlich gefasst â,

das Urteil des Sozialgerichts Dresden vom 11. November 2019 aufzuheben und die Beklagte, unter Aufhebung des Überprüfungsablehnungsbescheides vom 18. August 2014 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22. Oktober 2014, zu verurteilen, den Feststellungsbescheid vom 9. September 2005 abzuändern und Jahresendprämien für die Zuflussjahre 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 als zusätzliche Entgelte im Rahmen der nachgewiesenen Zusatzversorgungszeiten festzustellen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Sie hält das angefochtene Urteil für zutreffend.

Das Gericht hat arbeitsvertragliche Unterlagen vom Kläger beigezogen.

Mit Schriftsätzen vom 27. März 2020 (Kläger) und vom 1. April 2020 (Beklagte) haben die Beteiligten jeweils ihr Einverständnis zur Entscheidung des Rechtsstreits durch Urteil ohne mündliche Verhandlung erklärt.

Dem Gericht haben die Verwaltungsakten der Beklagten sowie die Gerichtsakten beider Rechtszüge vorgelegen. Zur Ergänzung des Sach- und Streitstandes wird hierauf insgesamt Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

I. Der Senat konnte ohne mündliche Verhandlung durch Urteil entscheiden, weil die Beteiligten sich hiermit einverstanden erklärt haben ([Â§ 153 Abs. 1](#) in Verbindung mit [Â§ 124 Abs. 2](#) des Sozialgerichtsgesetzes [SGG]).

II. Die Berufung des Klägers ist teilweise begründet, weil das Sozialgericht Dresden die Klage teilweise zu Unrecht abgewiesen hat. Denn der Kläger hat in dem tenorierten Umfang Anspruch auf Feststellung zusätzlicher, ihm in den Jahren 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 zugeflossener, weiterer Arbeitsentgelte wegen zu berücksichtigender Jahresendprämienzahlungen im Rahmen der bereits mit Bescheid vom 9. September 2005 festgestellten Zeiten der zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben. Jahresendprämien für die Zuflussjahre 1984 bis 1990 begehrt der Kläger ausdrücklich und ausweislich seines

Berufungsbegründungsschriftsatzes vom 27. Januar 2020 nicht (mehr); insoweit ist das Urteil des Sozialgerichts Dresden bereits rechtskräftig geworden ([Â§ 141 Abs. 1 Nr. 1 SGG](#)).

Der Ablehnungsbescheid der Beklagten vom 18. August 2014 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22. Oktober 2014 ist rechtswidrig und verletzt den Kläger in seinen Rechten ([Â§ 54 Abs. 2 Satz 1 SGG](#)), weil mit dem Feststellungsbescheid vom 9. September 2005 das Recht unrichtig angewandt bzw. von einem Sachverhalt ausgegangen worden ist, der sich als unrichtig erweist ([Â§ 44](#) des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch [SGB X]). Deshalb waren das Urteil des Sozialgerichts Dresden vom 11. November 2019 (teilweise) abzuändern, der Ablehnungsbescheid der Beklagten vom 18. August 2014 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22. Oktober 2014 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, den Feststellungsbescheid vom 9. September 2005 dahingehend abzuändern, dass für die Jahre 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 weitere Arbeitsentgelte wegen zu berücksichtigender Jahresendprämienzahlungen im Rahmen der bereits festgestellten Zusatzversorgungszeiten der zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe, wie tenoriert, festzustellen sind. Soweit der Kläger höher, als die tenorierten, Entgelte wegen zu berücksichtigender Jahresendprämien begehrt, war die Berufung im übrigen zurückzuweisen.

Nach [Â§ 44 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 SGB X](#), der nach [Â§ 8 Abs. 3 Satz 2 AAÖG](#) anwendbar ist, gilt: Soweit sich im Einzelfall ergibt, dass bei Erlass eines Verwaltungsaktes das Recht unrichtig angewandt oder von einem Sachverhalt ausgegangen worden ist, der sich als unrichtig erweist, und soweit deshalb Sozialleistungen zu Unrecht nicht erbracht oder Beiträge zu Unrecht erhoben worden sind, ist der Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, mit Wirkung für die Vergangenheit zurückzunehmen. Im übrigen ist ein rechtswidriger, nicht begünstigender Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft zurückzunehmen. Er kann auch für die Vergangenheit zurückgenommen werden.

Diese Voraussetzungen liegen vor, denn der Feststellungsbescheid der Beklagten vom 9. September 2005 ist teilweise rechtswidrig.

Nach [Â§ 8 Abs. 1 AAÖG](#) hat die Beklagte als der unter anderem für das Zusatzversorgungssystem der zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe zuständige Versorgungsträger in einem dem Vormerkungsverfahren ([Â§ 149](#) des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch [SGB VI]) ähnlichen Verfahren durch jeweils einzelne Verwaltungsakte bestimmte Feststellungen zu treffen. Vorliegend hat die Beklagte mit dem Feststellungsbescheid vom 9. September 2005 Zeiten der Zugehörigkeit zum Zusatzversorgungssystem Nr. 1 der Anlage 1 zum AAÖG (vgl. [Â§ 5 AAÖG](#)) sowie die während dieser Zeiten erzielten Arbeitsentgelte festgestellt ([Â§ 8 Abs. 1 Satz 2 AAÖG](#)). Jahresendprämien hat sie jedoch zu Unrecht teilweise nicht berücksichtigt.

Gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 AA-G ist den Pflichtbeitragszeiten nach diesem Gesetz (vgl. § 5 AA-G) für jedes Kalenderjahr als Verdienst ([§ 256a Abs. 2 SGB VI](#)) das erzielte Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen zugrunde zu legen.

Arbeitsentgelt im Sinne des [§ 14](#) des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV) und damit im Sinne des § 6 Abs. 1 Satz 1 AA-G stellen auch die in der DDR an Arbeitnehmer rechtmäßig gezahlten Jahresendprämien dar, da es sich um eine Gegenleistung des Betriebs für die vom Werktätigen im jeweiligen Planjahr erbrachte Arbeitsleistung handelte, wobei es nicht darauf ankommt, dass dieser Verdienst nach DDR-Recht nicht steuer- und sozialversicherungspflichtig war (so: BSG, Urteil vom 23. August 2007 â B 4 RS 4/06 R â SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 4 = JURIS-Dokument, RdNr. 21 ff.; dem folgend: BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 â B 5 RS 4/16 R â SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 7 = JURIS-Dokument, RdNr. 13). Denn der Gesetzestext des § 6 Abs. 1 Satz 1 AA-G besagt, dass den Pflichtbeitragszeiten im Sinne des § 5 AA-G als Verdienst ([§ 256a SGB VI](#)) unter anderen das "erzielte Arbeitsentgelt" zugrunde zu legen ist. Aus dem Wort "erzielt" folgt im Zusammenhang mit § 5 Abs. 1 Satz 1 AA-G, dass es sich um Entgelt oder Einkommen handeln musste, das dem Berechtigten während der Zugehörigkeitszeiten zum Versorgungssystem "aufgrund" seiner Beschäftigung "zugeflossen", ihm also tatsächlich gezahlt worden ist. In der DDR konnten die Werktätigen unter bestimmten Voraussetzungen Prämien als Bestandteil ihres Arbeitseinkommens bzw. -entgelts erhalten. Sie waren im Regelfall mit dem Betriebsergebnis verknüpft und sollten eine leistungsstimulierende Wirkung ausüben. Lohn und Prämien waren "Formen der Verteilung nach Arbeitsleistung" (vgl. Kunz/Thiel, "Arbeitsrecht [der DDR] â Lehrbuch", 3. Auflage, 1986, Staatsverlag der DDR, S. 192f.). Die Prämien wurden aus einem zu bildenden Betriebsprämienfonds finanziert; die Voraussetzungen ihrer Gewährung mussten in einem Betriebskollektivvertrag vereinbart werden. Über ihre Gewährung und Höhe entschied der Betriebsleiter mit Zustimmung der zuständigen betrieblichen Gewerkschaftsleitung nach Beratung im Arbeitskollektiv. Diese allgemeinen Vorgaben galten für alle Prämienformen (Â§ 116 des Arbeitsgesetzbuches der DDR [nachfolgend: DDR-AGB] vom 16. Juni 1977 [DDR-GBl. I 1977, Nr. 18, S. 185]) und damit auch für die Jahresendprämie (Â§ 118 Abs. 1 und 2 DDR-AGB). Die Jahresendprämie diente als Anreiz zur Erfüllung und Übererfüllung der Planaufgaben; sie war auf das Planjahr bezogen und hatte den Charakter einer Erfüllungsprämie. Nach Â§ 117 Abs. 1 DDR-AGB bestand ein "Anspruch" auf Jahresendprämie, wenn â die Zahlung einer Jahresendprämie für das Arbeitskollektiv, dem der Werktätige angehörte, im Betriebskollektivvertrag vereinbart war, â der Werktätige und sein Arbeitskollektiv die vorgesehenen Leistungskriterien in der festgelegten Mindesthöhe erfüllt hatte und â der Werktätige während des gesamten Planjahres Angehöriger des Betriebs war. Die Feststellung von Beiträgen, die als Jahresendprämien gezahlt wurden, hing davon ab, dass der Empfänger die Voraussetzungen der Â§§ 117, 118 DDR-AGB erfüllt hatte. Hierfür und für den Zufluss trägt er die objektive Beweislast (sog. Feststellungslast im sozialgerichtlichen Verfahren, vgl. insgesamt: BSG, Urteil vom 23. August 2007 â B 4 RS 4/06 R â SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 4 = JURIS-Dokument, RdNr. 21 ff.; dem folgend und diese Beweislast, unter Ablehnung einer Schätzungsmaßglichkeit, betonend: BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 â B 5 RS 4/16 R â SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 7 = JURIS-Dokument, RdNr. 14).

Daraus wird deutlich, dass die Zahlung von Jahresendprämien von mehreren Voraussetzungen abhing. Der Kläger hat, um eine Feststellung zusätzlicher Entgelte beanspruchen zu können, nachzuweisen oder glaubhaft zu machen, dass alle diese Voraussetzungen in jedem einzelnen Jahr erfüllt gewesen sind und zusätzlich, dass ihm ein bestimmter, berücksichtigungsfähiger Betrag auch zugeflossen, also tatsächlich gezahlt, worden ist.

Gemäß [Â§ 128 Abs. 1 Satz 1 SGG](#) entscheidet das Gericht dabei nach seiner freien, aus dem Gesamtergebnis des Verfahrens gewonnenen Überzeugung. Neben dem Vollbeweis, d.h. der an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit, ist auch die Möglichkeit der Glaubhaftmachung des Vorliegens weiterer Arbeitsentgelte aus Jahresendprämien gegeben. Dies kann aus der Vorschrift des [Â§ 6 Abs. 6 AA-G](#) abgeleitet werden. Danach wird, wenn ein Teil des Verdienstes nachgewiesen und der andere Teil glaubhaft gemacht wird, der glaubhaft gemachte Teil des Verdienstes zu fünf Sechsteln berücksichtigt.

Im vorliegenden konkreten Einzelfall hat der Kläger den Zufluss von Jahresendprämien dem Grunde nach zwar nicht nachgewiesen, jedoch glaubhaft gemacht (dazu nachfolgend unter 1.). Die konkrete Höhe der Jahresendprämien, die zur Auszahlung an ihn gelangten, hat er zwar nicht nachgewiesen, zum Teil allerdings, und zwar für die Zuflussjahre 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 in einer Mindesthöhe glaubhaft machen können; eine Schätzung wie vom Kläger im Klageverfahren noch begehrt hingegen ist nicht möglich (dazu nachfolgend unter 2.).

1. Der Zufluss von Jahresendprämien dem Grunde nach ist im vorliegenden Fall zwar nicht nachgewiesen (dazu nachfolgend unter a), jedoch (für die begehrten Zuflussjahre 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983) glaubhaft gemacht (dazu nachfolgend unter b):

a) Nachweise etwa in Form von Begleitschreiben, Gewährungsunterlagen, Beurteilungsbüchern, Quittungen oder sonstigen Lohnunterlagen für an den Kläger geflossene Prämienzahlungen konnte er nicht vorlegen. Er selbst verfügt auch über keine Unterlagen, mit denen er die Gewährung von Jahresendprämien belegen könnte, wie er selbst ausführte.

Nachweise zu an den Kläger gezahlten Jahresendprämien konnten auch in entsprechenden Archiven nicht mehr beigezogen werden, wie sich aus der von der Beklagten im Klageverfahren vorgelegten Auskunft des Sächsischen Staatsarchivs vom 15. August 2017 ergibt. Lohnunterlagen liegen auch im übrigen nicht mehr vor, da zwischenzeitlich die Aufbewahrungsfrist für die Entgeltunterlagen der ehemaligen Betriebe der DDR abgelaufen ist (31. Dezember 2011; vgl. [Â§ 28f Abs. 5](#) des Vierten Buches Sozialgesetzbuch [SGB IV]), weshalb bereits die Beklagte im Überprüfungsverfahren von einer entsprechenden Anfrage abgesehen hat.

b) Der Zufluss von Prämienzahlungen dem Grunde nach konkret an den Kläger ist aber im vorliegenden Fall (für die Zuflussjahre 1973, 1976, 1978 bis 1981 und

1983) glaubhaft gemacht.

Gemäß [Â§ 23 Abs. 1 Satz 2 SGB X](#) ist eine Tatsache dann als glaubhaft anzusehen, wenn ihr Vorliegen nach dem Ergebnis der Ermittlungen, die sich auf sämtliche erreichbare Beweismittel erstrecken sollen (vgl. dazu auch: BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 – [B 5 RS 4/16 R](#) – SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 7 = JURIS-Dokument, RdNr. 14), ¹überwiegend wahrscheinlich ist. Dies erfordert mehr als das Vorhandensein einer bloßen Möglichkeit, aber auch weniger als die an Gewissheit grenzende Wahrscheinlichkeit. Dieser Beweismaßstab ist zwar durch seine Relativität gekennzeichnet. Es muss also nicht, wie bei der Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhanges, absolut mehr ¹als gegen die glaubhaft zu machende Tatsache sprechen. Es reicht die "gute Möglichkeit" aus, das heißt es genügt, wenn bei mehreren ernstlich in Betracht zu ziehenden Möglichkeiten das Vorliegen einer davon relativ am wahrscheinlichsten ist, weil nach Gesamtwürdigung aller Umstände besonders viel ¹für diese Möglichkeit spricht; von mehreren ernstlich in Betracht zu ziehenden Sachverhaltsvarianten muss den ¹brigen gegenüber aber einer das Übergewicht zukommen. Die bloße Möglichkeit einer Tatsache reicht deshalb nicht aus, die Beweisanforderungen zu erfüllen (vgl. dazu dezidiert: BSG, Beschluss vom 8. August 2001 – [B 9 V 23/01 B](#) – SozR 3-3900 Â§ 15 Nr. 4 = JURIS-Dokument, RdNr. 5).

Dies zu Grunde gelegt, hat der Kläger im konkreten Einzelfall glaubhaft gemacht, dass die drei rechtlichen Voraussetzungen (Â§ 117 Abs. 1 DDR-AGB) ¹für den Bezug einer Jahresendprämie ¹für die Zuflussjahre 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 vorlagen und er jeweils eine Jahresendprämie erhalten hat:

aa) Der Kläger war in den Jahren 1972 bis 1989 jeweils während des gesamten Planjahres Angehöriger des VEB Lufttechnische Anlagen A (Â§ 117 Abs. 1 Voraussetzung 3 DDR-AGB), wie sich aus seinen Arbeits- und Änderungsverträgen (Bl. 20-26 der Verwaltungsakte sowie Bl. 135-157 der Gerichtsakte) sowie aus den Eintragungen in seinen Ausweisen ¹für Arbeit und Sozialversicherung (Bl. 175-186 der Gerichtsakte) ergibt.

bb) Mindestens glaubhaft gemacht ist darüber hinaus auch, dass die Zahlung von Jahresendprämien ¹für das Arbeitskollektiv, dem der Kläger angehörte, jeweils in einem Betriebskollektivvertrag vereinbart war (Â§ 117 Abs. 1 Voraussetzung 1 DDR-AGB). Denn der Abschluss eines Betriebskollektivvertrages zwischen dem Betriebsleiter und der zuständigen Betriebsgewerkschaftsleitung war nach Â§ 28 Abs. 1 DDR-AGB zwingend vorgeschrieben. Die Ausarbeitung des Betriebskollektivvertrages erfolgte jährlich, ausgehend vom Volkswirtschaftsplan; er war bis zum 31. Januar des jeweiligen Planjahres abzuschließen (vgl. Kunz/Thiel, "Arbeitsrecht [der DDR] – Lehrbuch", 3. Auflage, 1986, Staatsverlag der DDR, S. 111). Ebenso zwingend waren nach Â§ 118 Abs. 1 DDR-AGB in Verbindung mit Â§ 28 Abs. 2 Satz 3 DDR-AGB die Voraussetzungen und die Höhe der Jahresendprämie in dem (jeweiligen) Betriebskollektivvertrag zu regeln. Konkretisiert wurde diese zwingende Festlegung der Voraussetzungen zur Gewährung von Jahresendprämien im Betriebskollektivvertrag in den staatlichen

Prämienverordnungen: So legten die "Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds und des Kultur- und Sozialfonds für volkseigene Betriebe im Jahre 1972" (nachfolgend: Prämienfond-VO 1972) vom 12. Januar 1972 (DDR-GBl. II 1972, Nr. 5, S. 49) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. November 1972 (DDR-GBl. II 1972, Nr. 70, S. 810) sowie in der Fassung der "Zweiten Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds und des Kultur- und Sozialfonds für volkseigene Betriebe" (nachfolgend: 2. Prämienfond-VO 1973) vom 21. Mai 1973 (DDR-GBl. I 1973, Nr. 30, S. 293), mit denen die Weitergeltung der Prämienfond-VO 1972 über das Jahr 1972 hinaus angeordnet wurden, sowie die "Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds für volkseigene Betriebe" (nachfolgend: Prämienfond-VO 1982) vom 9. September 1982 (DDR-GBl. I 1982, Nr. 34, S. 595) jeweils staatlicherseits fest, dass die Verwendung des Prämienfonds, die in den Betrieben zur Anwendung kommenden Formen der Prämierung und die dafür vorgesehenen Mittel im Betriebskollektivvertrag festzulegen waren (§ 5 Abs. 2 Satz 1 Prämienfond-VO 1972, § 8 Abs. 3 Satz 1 und 2 Prämienfond-VO 1982). Dabei war, ohne dass ein betrieblicher Ermessens- oder Beurteilungsspielraum bestand, in den Betriebskollektivverträgen zu vereinbaren bzw. festzulegen, unter welchen Voraussetzungen Jahresendprämien als Form der materiellen Interessiertheit der Werktätigen an guten Wirtschaftsergebnissen des Betriebes im gesamten Planjahr angewendet werden (§ 5 Abs. 2 Satz 2 Spiegelstrich 2 Prämienfond-VO 1972, § 8 Abs. 3 Satz 3 Spiegelstrich 4 Prämienfond-VO 1982).

Damit kann in der Regel für jeden Arbeitnehmer in der volkseigenen Wirtschaft, sofern nicht besondere gegenteilige Anhaltspunkte vorliegen sollten, davon ausgegangen werden, dass ein betriebskollektivvertraglich geregelter Jahresendprämienanspruch dem Grunde nach bestand (vgl. dazu auch: Lindner, "Die 'leere Hand' ist tot - wie geht es weiter?", rv [= Die Rentenversicherung] 2011, 101, 104), auch wenn die Betriebskollektivverträge als solche nicht mehr vorgelegt oder anderweitig vom Gericht beigezogen werden können. Vor diesem Hintergrund ist der von der Beklagten in anderen Verfahren erhobene Einwand, die Betriebskollektivverträge seien anspruchsbegründend, zwar zutreffend, verhindert eine Glaubhaftmachung jedoch auch dann nicht, wenn diese im konkreten Einzelfall nicht eingesehen werden können.

cc) Ausgehend von den schriftlichen Aussagen der Zeugen Dr. Y und X sowie den sonstigen Hinweistatsachen ist zudem glaubhaft gemacht, dass der Kläger und das Arbeitskollektiv, dem er angehörte, die vorgegebenen Leistungskriterien in der festgelegten Mindesthöhe erfüllt hatten (§ 117 Abs. 1 Voraussetzung 2 DDR-AGB).

Der Zeuge Dr. Y, der der ehemalige Betriebsdirektor des VEB Lufttechnische Anlagen A war, versicherte in seiner schriftlichen Zeugenauskunft vom 10. Februar 2014 (Bl. 11 der Verwaltungsakte), dass im Betrieb auf der Basis der gesetzlichen Regelungen jährlich an alle Mitarbeiter Jahresendprämien ausgezahlt wurden.

Der Zeuge X â, der als Leiter der Abteilung Erzeugnisentwicklung im VEB Lufttechnische Anlagen A â der direkte Vorgesetzte des KlÃ¤gers war, gab in seiner schriftlichen ZeugenerklÃ¤rung vom 17. Juli 2014 (Bl. 16 der Verwaltungsakte) an, dass alle PrÃ¤mienzahlungen in seiner Abteilung mit seiner Zustimmung getÃ¤tigt wurden. JahresendprÃ¤mien wurden dabei entsprechend der gesetzlichen Regelungen jÃ¤hrlich an alle Mitarbeiter gezahlt. Auf die schriftliche Nachfrage des Sozialgerichts vom 10. MÃ¤rz 2015 (Bl. 11-12 der Gerichtsakte) bekundete er mit Schreiben vom 2. April 2015 (Bl. 13 der Gerichtsakte), dass der KlÃ¤ger jÃ¤hrlich jeweils im ersten Quartal des Folgejahres JahresendprÃ¤mien in bar ausgezahlt erhielt. Er fÃ¼hrte hierzu weitergehend aus: Die Zahlung der JahresendprÃ¤mien erfolgte Ã¼ber Auszahlungslisten. Die gezahlte Summe wurde jeweils durch Unterschrift des jeweiligen Mitarbeiters auf der Auszahlliste bestÃ¤tigt. Die Auszahlung erfolgte durch den Zeugen in seiner Eigenschaft als Abteilungsleiter selbst. Die Auszahlungen wurden sodann zentral im Betrieb archiviert. Der Zeuge erlÃ¤uterte darÃ¼ber hinaus, dass ihm bekannt geworden wÃ¤re, wenn der KlÃ¤ger keine JahresendprÃ¤mie ausgezahlt erhalten hÃ¤tte, weil vor der Auszahlung in einer kollektiven Beratung die GrÃ¼nde dafÃ¼r zu erlÃ¤utern waren. Derartige war ihm in Bezug auf den KlÃ¤ger nicht Erinnerung, zumal der KlÃ¤ger zu den LeistungstrÃ¤gern seiner Abteilung gehÃ¶rte.

UnzulÃ¤nglichkeiten des KlÃ¤gers, die gegebenenfalls eine KÃ¼rzung oder Nichtzahlung der JahresendprÃ¤mie zur Folge hÃ¤tten haben kÃ¶nnen, ergeben sich auch nicht aus anderweitigen Indizien oder Hinweistatsachen. Im Gegenteil: Die Angaben der Zeugen Dr. Y â und X â sind vor dem Hintergrund der beigezogenen arbeitsvertraglichen Unterlagen und betrieblichen LeistungseinschÃ¤tzungen plausibel und bestÃ¤tigen die berechnete Annahme, dass der KlÃ¤ger die individuellen Leistungskennziffern konkret erfÃ¼llte:

Ausweislich der Gehaltseinstufungsunterlagen (Bl. 138-143 und 150-152 der Gerichtsakte) wurde das Gehalt des KlÃ¤gers infolge seiner erzielten Arbeitsergebnisse kontinuierlich erhÃ¶ht. Wiederholt wurden dem KlÃ¤ger GehaltszuschÃ¤ge erteilt.

Bereits in der betrieblichen LeistungseinschÃ¤tzung vom 23. November 1973 (Bl. 174 der Gerichtsakte) wird unter anderem ausgefÃ¼hrt, dass der KlÃ¤ger â stÃ¤ndig einsatzbereit war und seine Energie, trotz mancher WiderstÃ¤nde und Schwierigkeiten, nie erlahmte, â sich stets auf die Realisierung seiner Hautaufgaben konzentrierte und dabei konsequent und systematisch arbeitete, â sowohl Ã¼ber ein gutes theoretisches Wissen als auch gute praktische Erfahrungen verfÃ¼gte, â an seine Arbeiten wissenschaftlich herangegangen und diese selbstÃ¤ndig, qualitÃ¤tsgerecht und schÃ¶pferisch lÃ¶ste, â eine flexible Arbeitsmethodik an den Tag legte, â seine Arbeiten in einem ausgewogenen VerhÃ¤ltnis in Bezug auf QualitÃ¤t und QuantitÃ¤t verrichtete, â eine gute Mitarbeit im Neuererwesen leistete und â vielfÃ¤ltige Initiativen zeigte.

In der betrieblichen LeistungseinschÃ¤tzung vom 30. April 1977 (Bl. 23 und 172 der Gerichtsakte) wird ausgefÃ¼hrt, dass der KlÃ¤ger â durch verantwortungsbewusste AusÃ¼bung seiner Funktionen entscheidenden Anteil an

der Entwicklung des Kollektivs und an der erfolgreichen Verteidigung des Titels "Kollektiv der sozialistischen Arbeit" hatte, â im sozialistischen Wettbewerb erfolgreich arbeitete, â entscheidenden Anteil an wegweisenden betrieblichen Projekten hatte, â aktiv und mitgestaltend an betrieblichen Rationalisierungsthemen arbeitete, â interessiert an der Erweiterung seines Wissens arbeitete und â maßgeblich auf die Kollektiventwicklung einwirkte.

In der betrieblichen Leistungseinschätzung vom 8. Januar 1985 (Bl. 28 und 161 der Gerichtsakte) wird ausgeführt, dass der Kläger â aufgrund seiner umfangreichen theoretischen und praktischen Erfahrungen in der betrieblichen Kaderentwicklung weitere und größere Arbeitsgebiete übertragen erhielt, â die Fähigkeit besaß seine Kenntnisse und Erfahrungen rationell und systematisch zur Lösung der Arbeitsaufgaben einzusetzen verstand, â in der Lage war, selbstständig zu arbeiten und die richtigen Schlussfolgerungen bei den einzelnen Bearbeitungsschritten zu ziehen, â flexibel und dadurch in der Lage war auch operative Aufgaben kurzfristig und in hoher Qualität zu bearbeiten, ohne dass die Hauptziele seiner Tätigkeit darunter litten, â zum aktiven Kern der Brigade gehörte und seine Meinung und sein Rat im Kollektiv und bei den Mitarbeitern stets gefragt waren.

Unterstrichen wird diese vorbildliche und weder zu Kritik noch Tadel Anlass gebende Arbeitsweise des Klägers weiterhin durch die ihm vom Betrieb mit Urkunden vom 25. November 1974 (Bl. 162 der Gerichtsakte) und vom 1. Mai 1981 (Bl. 163 der Gerichtsakte) verliehenen Auszeichnungen jeweils als "Aktivist der sozialistischen Arbeit". Mit diesen Auszeichnungen wurden unter anderem hervorragende und beispielgebende Arbeitsleistungen gewürdigt (vgl. dazu: Â§ 1 der "Ordnung über die Verleihung des Ehrentitels âAktivist der sozialistischen Arbeitâ", die Bestandteil der "Bekanntmachung der Ordnungen über die Verleihung der bereits gestifteten staatlichen Auszeichnungen" vom 28. Juni 1978 [DDR-GBI. Sonderdruck Nr. 952, S. 1 ff.] war). Darüber hinaus spricht für seine vorbildliche Arbeit auch die ihm vom Betrieb mit Urkunden für die Jahre 1972, 1974, 1975 und 1976 (Bl. 164-167 der Gerichtsakte) verliehenen Auszeichnungen als Mitglied eines "Kollektivs der sozialistischen Arbeit". Mit diesen Auszeichnungen wurden jeweils unter anderem beispielgebende Arbeitsleistungen des Kollektivs und jedes einzelnen Mitglieds des Kollektivs im sozialistischen Wettbewerb, also konkret auch des Klägers, gewürdigt (vgl. dazu: Â§ 1 der "Ordnung über die Verleihung und Bestätigung der erfolgreichen Verteidigung des Ehrentitels âKollektiv der sozialistischen Arbeitâ", die Bestandteil der "Bekanntmachung der Ordnungen über die Verleihung der bereits gestifteten staatlichen Auszeichnungen" vom 28. Juni 1978 [DDR-GBI. Sonderdruck Nr. 952, S. 1 ff.] war). Zudem erhielt der Kläger â in Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen zur Sicherung und Steigerung der Qualität mit Urkunde vom 4. Januar 1983 (Bl. 168 der Gerichtsakte) das "Qualitätsabzeichen" des VEB Kombinat Luft- und Kältetechnik in "Silber" verliehen, â in Anerkennung hervorragender und langjähriger Leistungen mit Urkunde vom 1. Mai 1983 (Bl. 170 der Gerichtsakte) den Orden "Banner der Arbeit" Stufe III verliehen, â in Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen zur Sicherung und Steigerung der Qualität mit Urkunde vom 12. Juli 1984 (Bl. 171 der Gerichtsakte) das "Qualitätsabzeichen" des VEB Kombinat Luft- und Kältetechnik

in "Silber" verliehen, â mit Urkunde vom 29. April 1985 (Bl. 160 der Gerichtsakte) die Bestätigung über ein Patent verliehen, â mit Schreiben des VEB Lufttechnische Anlagen A â vom 20. Mai 1987 (Bl. 158 der Gerichtsakte) betrieblichen Dank für die freiwillige Mitwirkung an einer technischen Gemeinschaftsarbeit ausgesprochen, â in Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen zur Sicherung und Steigerung der Qualität mit Urkunde vom 1. Mai 1988 (Bl. 159 der Gerichtsakte) die "Qualitätsmedaille" des VEB Kombinat ILKA Luft- und Kältetechnik in "Silber" verliehen.

Zusammenfassend wird dem Kläger damit insgesamt bescheinigt, dass er die ihm übertragenen Aufgaben stets hervorragend erledigte, sodass sich keinerlei berechtigte Zweifel an der Erfüllung der vorgegebenen Leistungskriterien aufdrängen.

2. Die konkrete Höhe der Jahresendprämien, die für die dem Grunde nach glaubhaft gemachten Planjahre (1972, 1975, 1977 bis 1980 und 1982) in den Zuflussjahren 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 zur Auszahlung an den Kläger gelangten, konnte er zwar nicht nachweisen (dazu nachfolgend unter a), jedoch für die Zuflussjahre 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 zum Teil, nämlich in Form eines Mindestbetrages, glaubhaft machen (dazu nachfolgend unter b). Die Höhe einer dem Grunde nach lediglich glaubhaft gemachten Jahresendprämie darf â entgegen der früheren Rechtsprechung des Sächsischen Landessozialgerichts â allerdings nicht geschätzt werden (dazu nachfolgend unter c).

a) Die dem Kläger für die dem Grunde nach glaubhaft gemachten Planjahre (1972, 1975, 1977 bis 1980 und 1982) in den Jahren 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 zugeflossenen Jahresendprämienbeträge sind der Höhe nach nicht nachgewiesen:

Nachweise etwa in Form von Begleitschreiben, Gewährungsunterlagen, Beurteilungsbögen, Quittungen oder sonstigen Lohnunterlagen für an den Kläger geflossene Prämienzahlungen konnte er nicht vorlegen. Er selbst verfügt auch über keine Unterlagen, mit denen er die Gewährung von Jahresendprämien belegen könnte, wie er selbst ausführte.

Auszahlungs- bzw. Quittierungslisten oder Anerkennungsschreiben der Abteilung des Betriebes konnten auch die Zeugen Dr. Y â und X â nicht vorlegen.

Nachweise zu an den Kläger gezahlten Jahresendprämien konnten auch in entsprechenden Archiven nicht mehr beigezogen werden, wie sich aus der â von der Beklagten im Klageverfahren vorgelegten â Auskunft des Sächsischen Staatsarchivs vom 15. August 2017 (Bl. 65 der Gerichtsakte) ergibt. Lohnunterlagen liegen auch im übrigen nicht mehr vor, da zwischenzeitlich die Aufbewahrungsfrist für die Entgeltunterlagen der ehemaligen Betriebe der DDR abgelaufen ist (31. Dezember 2011; vgl. [Â§ 28f Abs. 5 SGB IV](#)), weshalb bereits die Beklagte überprüfungsverfahren von einer entsprechenden Anfrage abgesehen hat. Von einer Anfrage an das Bundesarchiv wurde im vorliegenden Verfahren abgesehen, da

dort â wie aus entsprechenden Anfragen in anderen Verfahren gerichtsbekannt wurde â lediglich statistische Durchschnittswerte der in den Kombinat $\ddot{u}$ en gezahlten durchschnittlichen Jahresendpr $\ddot{a}$ mienbetr $\ddot{a}$ ge pro Vollbesch $\ddot{a}$ ftigteneinheit aus verschiedenen Jahren vorhanden sind, die keinerlei R $\ddot{u}$ ckschluss auf die individuelle H $\ddot{a}$ he der an den Kl $\ddot{a}$ ger in einem konkreten Betrieb gezahlten Jahresendpr $\ddot{a}$ mienh $\ddot{a}$ he erlauben.

b) Die konkrete H $\ddot{a}$ he der an den Kl $\ddot{a}$ ger f $\ddot{u}$ r die dem Grunde nach glaubhaft gemachten Planjahre (1972, 1975, 1977 bis 1980 und 1982) in den Jahren 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 zugeflossenen Jahresendpr $\ddot{a}$ mienbetr $\ddot{a}$ ge ist zwar ebenfalls nicht glaubhaft gemacht (dazu nachfolgend unter aa). Allerdings sind die f $\ddot{u}$ r die Planjahre 1972, 1975, 1977 bis 1980 und 1982 in den Zuflussjahren 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 ausgezahlten Jahresendpr $\ddot{a}$ mienbetr $\ddot{a}$ ge zumindest zum Teil, n $\ddot{a}$ mlich in Form eines Mindestbetrages, glaubhaft gemacht (dazu nachfolgend unter bb):

aa) Den Angaben des Kl $\ddot{a}$ gers sowie der Zeugen Dr. Y â und X â kann lediglich entnommen werden, dass sich die Jahresendpr $\ddot{a}$ mie am Monatsgehalt des jeweiligen Werkst $\ddot{a}$ tigen orientierte. Der Kl $\ddot{a}$ ger selbst t $\ddot{a}$ tigte keinerlei Angaben zu den konkreten H $\ddot{a}$ hen der Jahresendpr $\ddot{a}$ mienbetr $\ddot{a}$ ge. Er konnte lediglich angeben, dass Basis der Berechnung der jeweils einzelnen individuellen Jahresendpr $\ddot{a}$ mien das Monatsgehalt des jeweiligen Besch $\ddot{a}$ ftigten war und die Pr $\ddot{a}$ mienbetr $\ddot{a}$ ge auf der Grundlage der Planerf $\ddot{u}$ llung und des Monatsgehalts berechnet wurden. Die Zeugen Dr. Y â und X â best $\ddot{a}$ tigten dieses grunds $\ddot{a}$ tliche Prozedere und f $\ddot{u}$ hrten jeweils aus, zu den H $\ddot{a}$ hen der Jahresendpr $\ddot{a}$ mienbetr $\ddot{a}$ ge des Kl $\ddot{a}$ gers keine Angaben mehr t $\ddot{a}$ tigen zu k $\ddot{a}$ nnen. Die individuelle Festlegung erfolgte durch die Betriebsleitung (in Abstimmung mit der Gewerkschaftsleitung), ausgerichtet nach dem Betriebsergebnis und differenziert im Einzelnen. Eine weitergehende Pr $\ddot{a}$ zisierung erbrachten die Zeugenbefragungen nicht. Soweit die Zeugen ausf $\ddot{u}$ hrten, die j $\ddot{a}$ hrlich ausgesch $\ddot{a}$ tteten Jahresendpr $\ddot{a}$ mien h $\ddot{a}$ tten "durchschnittlich einen Monatsverdienst betragen", ist darauf hinzuweisen, dass diese Angaben jeglicher Tatsachenbasis entbehren, da weder dargelegt noch nachvollziehbar erl $\ddot{a}$ utert wird, aus welchen konkreten Kennziffern und Berechnungselementen sich dieser Durchschnitt ergibt. Die Glaubhaftmachung einer bestimmten H $\ddot{a}$ he ist mit solchen "in der Regel"-, "circa-", "zwischen-", "etwa"- oder "ungef $\ddot{a}$ hr"-Angaben nicht verbunden, denn es handelt sich bei ihnen um eine reine Mutma $\ddot{a}$ ung, die im Ergebnis auf eine â vom BSG inzwischen abschlie $\ddot{e}$ nd als nicht m $\ddot{a}$ glich dargelegte (vgl. dazu ausf $\ddot{u}$ hrlich: BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 â [B 5 RS 4/16 R](#) â SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 7 = JURIS-Dokument, RdNr. 16 ff.) â Sch $\ddot{a}$ tzung hinausl $\ddot{a}$ uft, die nicht zu Grunde gelegt werden kann. Auch soweit der Kl $\ddot{a}$ ger durch seinen Prozessbevollm $\ddot{a}$ chtigten im Laufe des Verfahrens mittels eidesstattlicher Versicherung vom 12. Mai 2015 (Bl. 16 der Gerichtsakte) vortragen lie $\ddot{a}$, die Jahresendpr $\ddot{a}$ mien seien mindestens in H $\ddot{a}$ he von 70 Prozent des monatlichen Durchschnittsverdienstes des vorangegangenen Kalenderjahres gezahlt wurden, gen $\ddot{u}$ gt dies nicht zur Glaubhaftmachung einer bestimmten oder bestimmbaren H $\ddot{a}$ he, da gleichfalls jegliche nachvollziehbaren Grundlagen und Hinweistatsachen fehlen, die ausgerechnet diese "versicherte" H $\ddot{a}$ he bzw.

Mindesthöhe überwiegend wahrscheinlich werden lassen. Denn auch bei dieser angegebenen Mindesthöhe des Klägers handelt es sich im Ergebnis um eine reine Mutmaßung, die im Ergebnis auf eine vom BSG inzwischen abschließend als nicht möglich dargelegte (vgl. dazu ausführlich: BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 – [B 5 RS 4/16 R](#) – SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 7 = JURIS-Dokument, RdNr. 16 ff.) – Schätzung hinausläuft und damit nicht zu Grunde gelegt werden kann. Konkretere oder präzisierende Angaben konnten nämlich gerade weder von den Zeugen noch vom Kläger getätigt werden.

In der Gesamtbetrachtung sind die Angaben des Klägers sowie der Zeugen Dr. Y. und X. zur Höhe der an den Kläger geflossenen Jahresendprämienbeträge insgesamt zu vage und beruhen zum anderen allein auf dem menschlichen Erinnerungsvermögen, das mit der Länge des Zeitablaufs immer mehr verblasst und deshalb insbesondere in Bezug auf konkrete, jährlich differierende Beträge kaum einen geeigneten Beurteilungsmaßstab im Sinne einer "guten Möglichkeit" gerade des vom Kläger oder den Zeugen angegebenen Prozentsatzes eines Bruttomonatslohns abzugeben geeignet ist.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass es im Ergebnis grundsätzlich (zu den Ausnahmen nachfolgend unter bb) an einem geeigneten Maßstab fehlt, an dem die konkrete Höhe der dem Grunde nach bezogenen Jahresendprämien beurteilt werden kann und der vom Kläger und den Zeugen behauptete Maßstab, nämlich der durchschnittliche Bruttomonatslohn, nach den rechtlichen Koordinaten des DDR-Rechts gerade nicht der Basis-, Ausgangs- oder Grundwert zur Berechnung einer Jahresendprämie war:

Nicht der Durchschnittslohn des Werktätigen war Ausgangsbasis für die Festlegung der Höhe der Jahresendprämie, sondern die Erfüllung der konkreten Leistungs- und Planzielvorgaben (vgl. dazu deutlich: Eckhardt u.a., "Lohn und Prämie – Erläuterungen zum 5. Kapitel des Arbeitsgesetzbuches der DDR" [Heft 4 der Schriftenreihe zum Arbeitsgesetzbuch der DDR], 1989, S. 112; Langanke, "Wirksame Leistungsstimulierung durch Jahresendprämie", NJ 1984, 43, 44). Aus diesem Grund zählte zu den betriebsbezogenen, in einem Betriebskollektivvertrag festgelegten Regelungen über die Bedingungen der Gewährung einer Jahresendprämie auch die Festlegung und Beschreibung der Berechnungsmethoden, aus denen dann individuelle Kennziffern für den einzelnen Werktätigen zur Berechnung der Jahresendprämie abgeleitet werden konnten.

Dies verdeutlichen auch sonstige rechtliche Regelungen unterhalb des DDR-AGB: So legten die Prämienfond-VO 1972 in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. November 1972 und in der Fassung der 2. Prämienfond-VO 1973 sowie die Prämienfond-VO 1982 fest, wie die Jahresendprämie wirksamer zur Erfüllung und Übererfüllung der betrieblichen Leistungsziele beitragen konnte (Â§ 7 Prämienfond-VO 1972, Â§ 9 Prämienfond-VO 1982). Danach waren den Arbeitskollektiven und einzelnen Werktätigen Leistungskennziffern vorzugeben, die vom Plan abgeleitet und beeinflussbar waren, die mit den Schwerpunkten des sozialistischen Wettbewerbs übereinstimmten und über das Haushaltsbuch oder

durch andere bewährte Methoden zu kontrollieren und abzurechnen waren (§ 7 Abs. 1 Prämienfond-VO 1972, § 9 Abs. 3 Prämienfond-VO 1982). Die durchschnittliche Jahresendprämie je Beschäftigten war in der Regel in der gleichen Höhe wie im Vorjahr festzulegen, wenn der Betrieb mit der Erfüllung und Übererfüllung seiner Leistungsziele die erforderlichen Prämienmittel erarbeitet hatte; für den Betrieb war dieser Durchschnittsbetrag grundsätzlich beizubehalten (§ 9 Abs. 2 Prämienfond-VO 1982). Hervorzuheben ist dabei, dass der Werktätige und sein Kollektiv die ihnen vorgegebenen Leistungskriterien jeweils erfüllt haben mussten (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 Prämienfond-VO 1972), die Leistungskriterien kontrollfähig und abrechenbar zu gestalten waren (§ 6 Abs. 1 Satz 2 der "Ersten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds und des Kultur- und Sozialfonds für volkseigene Betriebe im Jahre 1972" [nachfolgend: 1. DB zur Prämienfond-VO 1972] vom 24. Mai 1972 [DDR-GBl. II 1972, Nr. 34, S. 379]) und bei der Differenzierung der Höhe der Jahresendprämie von den unterschiedlichen Leistungsanforderungen an die Abteilungen und Bereiche im betrieblichen Reproduktionsprozess auszugehen war (§ 6 Abs. 3 Spiegelstrich 1 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1972). Außerdem war geregelt, dass die Jahresendprämien für Arbeitskollektive und einzelne Werktätige nach der Leistung unter besonderer Berücksichtigung der Schichtarbeit zu differenzieren waren (§ 7 Abs. 2 Satz 2 Prämienfond-VO 1972, § 6 Abs. 3 Spiegelstrich 2 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1972, § 9 Abs. 3 Satz 1 Prämienfond-VO 1982), wobei hinsichtlich der Kriterien für die Zulässigkeit der Erhöhung der durchschnittlichen Jahresendprämie im Betrieb konkrete Festlegungen nach Maßgabe des § 6 der "Ersten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds für volkseigene Betriebe" (nachfolgend: 1. DB zur Prämienfond-VO 1982) vom 9. September 1982 (DDR-GBl. I 1982, Nr. 34, S. 598) in der Fassung der "Zweiten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds für volkseigene Betriebe" (nachfolgend: 2. DB zur Prämienfond-VO 1982) vom 3. Februar 1986 (DDR-GBl. I 1986, Nr. 6, S. 50) zu treffen waren. Danach spielte zum Beispiel der Anteil der Facharbeiter sowie der Hoch- und Fachschulkader in den Betrieben und deren "wesentliche Erhöhung" sowie die "Anerkennung langjähriger Betriebszugehörigkeit" eine Rolle (§ 6 Abs. 2 Satz 2 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1982). Die konkreten Festlegungen erfolgten in betrieblichen Vereinbarungen (§ 6 Abs. 3 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1982). Die endgültige Festlegung der Mittel zur Jahresendprämierung für die einzelnen Bereiche und Produktionsabschnitte einschließlich ihrer Leiter erfolgte nach Vorliegen der Bilanz- und Ergebnisrechnung durch die Direktoren der Betriebe mit Zustimmung der zuständigen betrieblichen Gewerkschaftsleitungen, die entsprechend der im Betriebskollektivvertrag getroffenen Vereinbarung abhängig vom tatsächlich erwirtschafteten Prämienfonds durch den Betrieb und von der Erfüllung der den Bereichen und Produktionsabschnitten vorgegebenen Bedingungen war (§ 8 Abs. 1 Prämienfond-VO 1972, § 6 Abs. 5 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1982).

Weder zu den individuellen Leistungskennziffern des Klägers noch zu den sonstigen, die Bestimmung der Jahresendprämienhöhe maßgeblichen Faktoren

konnten der KlÄxger oder die Zeugen nachvollziehbare Angaben tÄxtigen.

Die Kriterien, nach denen eine hinreichende Glaubhaftmachung erfolgt, sind demnach im konkreten Fall nicht erfÄ¼llt. Die bloÄ¼e Darstellung eines allgemeinen Ablaufs und einer allgemeinen Verfahrensweise wie auch der Hinweis, dass in anderen FÄ¼llen JahresendprÄxmien berÄ¼cksichtigt worden sind Ä¼¼ etwa weil dort anderweitige Unterlagen vorgelegt werden konnten Ä¼¼, genÄ¼gen nicht, um den Zufluss von JahresendprÄxmien in einer bestimmten oder berechenbaren HÄ¼he konkret an den KlÄxger glaubhaft zu machen. Denn hierfÄ¼r wÄ¼re Ä¼¼ wie ausgefÄ¼hrt Ä¼¼ erforderlich, dass in jedem einzelnen Jahr des vom KlÄxger geltend gemachten Zeitraumes eine entsprechende JahresendprÄxmie nachgewiesen worden wÄ¼re, und zwar nicht nur hinsichtlich des Zeitraumes, sondern auch hinsichtlich der ErfÄ¼llung der individuellen Leistungskennziffern, um eine konkrete HÄ¼he als berechenbar erscheinen zu lassen.

bb) Allerdings kommt fÄ¼r die ZeitrÄ¼ume der Geltung Ä¼¼ der "Verordnung Ä¼ber die Bildung und Verwendung des PrÄxmienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, volkseigenen Kombinat, den VVB (Zentrale) und Einrichtungen fÄ¼r die Jahre 1969 und 1970" (nachfolgend: PrÄxmienfond-VO 1968) vom 26. Juni 1968 (DDR-GBl. II 1968, Nr. 67, S. 490) in der Fassung der "Zweiten Verordnung Ä¼ber die Bildung und Verwendung des PrÄxmienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, volkseigenen Kombinat, den VVB (Zentrale) und Einrichtungen fÄ¼r die Jahre 1969 und 1970" (nachfolgend: 2. PrÄxmienfond-VO 1968) vom 10. Dezember 1969 (DDR-GBl. II 1969, Nr. 98, S. 626), Ä¼¼ der "Verordnung Ä¼ber die Planung, Bildung und Verwendung des PrÄxmienfonds und des Kultur- und Sozialfonds fÄ¼r das Jahr 1971" (nachfolgend: PrÄxmienfond-VO 1971) vom 20. Januar 1971 (DDR-GBl. II 1971, Nr. 16, S. 105) und Ä¼¼ der PrÄxmienfond-VO 1972 in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. November 1972 sowie in der Fassung der 2. PrÄxmienfond-VO 1973, mit denen die Weitergeltung der PrÄxmienfond-VO 1972 Ä¼ber das Jahr 1972 hinaus angeordnet wurden, von Juli 1968 bis Dezember 1982 (also bis zum Inkrafttreten der PrÄxmienfond-VO 1982 am 1. Januar 1983) eine Glaubhaftmachung der HÄ¼he von dem Grunde nach glaubhaft gemachten JahresendprÄxmien in einer MindesthÄ¼he in Betracht.

FÄ¼r diese ZeitrÄ¼ume legten Ä¼¼ Ä¼ 9 Abs. 7 PrÄxmienfond-VO 1968, Ä¼¼ Ä¼ 12 Nr. 6 Satz 1 PrÄxmienfond-VO 1971 und Ä¼¼ Ä¼ 6 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 PrÄxmienfond-VO 1972 nÄ¼mlich verbindlich fest, dass der PrÄxmienfond (auch) bei leistungsgerechter Differenzierung der JahresendprÄxmie ermÄ¼glichen musste, dass die MindesthÄ¼he der JahresendprÄxmie des einzelnen WerktÄ¼tigen ein Drittel seines (durchschnittlichen) Monatsverdienstes betrug. Diese MindesthÄ¼he der an den einzelnen WerktÄ¼tigen zu zahlenden JahresendprÄxmie durfte nach Ä¼ 12 Nr. 6 Satz 2 PrÄxmienfond-VO 1971 und Ä¼ 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 und 3 PrÄxmienfond-VO 1972 nur dann unterschritten werden, wenn der WerktÄ¼tige nicht wÄ¼hrend des gesamten Planjahres im Betrieb tÄ¼tig war und einer der AusnahmefÄ¼lle des Ä¼ 5 Abs. 1 Satz 1 der 1. DB zur PrÄxmienfond-VO 1972 vorlag. Diese Regelungen bestÄ¼tigen damit, insbesondere durch die Formulierung, dass die fÄ¼r "diese WerktÄ¼tigen zu zahlende JahresendprÄxmie die MindesthÄ¼he von

einem Drittel eines monatlichen Durchschnittsverdienstes" nur in Ausnahmefällen unterschreiten konnte, dass die Vorschriften an eine individuelle und nicht an eine generelle Mindesthöhe des Jahresendprämienbetrages des einzelnen Werktätigen anknüpfen. Diese maßgeblichen DDR-rechtlichen Regelungen sind im hier vorliegenden Zusammenhang der Jahresendprämienhöhe des einzelnen Werktätigen daher als "generelle Anknüpfungstatsachen" bzw. als "generelle Tatsachen" heranzuziehen (vgl. zu diesem Aspekt beispielsweise: BSG, Urteil vom 30. Oktober 2014 – [B 5 RS 2/13 R](#) – JURIS-Dokument, RdNr. 19 sowie BSG, Urteil vom 27. Juni 2019 – [B 5 RS 2/18 R](#) – JURIS-Dokument, RdNr. 14 ff.) und bestärken im Zeitraum ihrer Geltung – zumindest eine individuelle Mindesthöhe des Jahresendprämienbetrages jedes einzelnen Werktätigen, der die Anspruchsvoraussetzungen dem Grunde nach erfüllte. Soweit die Beklagte meint, bei dem in den vorbenannten Vorschriften enthaltenen Mindestbetrag der Jahresendprämie habe es sich lediglich um einen statistischen Wert bzw. um eine betriebliche Kennziffer gehandelt, die keine auf den einzelnen Werktätigen bezogene Individualisierung beinhaltet habe, trifft dies ausweislich des eindeutigen Wortlauts der Regelungen, des systematischen Zusammenhangs der Vorschriften sowie des Sinn und Zwecks der Normen nicht zu. Denn die Regelungen knüpfen nicht an einen "durchschnittlichen Monatsverdienst" bzw. an einen "monatlichen Durchschnittsverdienst" aller Beschäftigten des Betriebes sondern an den "durchschnittlichen Monatsverdienst" bzw. "monatlichen Durchschnittsverdienst" des, also des einzelnen, Werktätigen an (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 3 Prämienfond-VO 1972) bzw. regeln ausdrücklich, dass "die Mindesthöhe der Jahresendprämie für den einzelnen Werktätigen" ein Drittel des, also des einzelnen, monatlichen Durchschnittsverdienstes zu betragen hatte (§ 12 Nr. 6 Satz 1 Prämienfond-VO 1971). Der durchschnittliche Monatsverdienst bzw. der monatliche Durchschnittsverdienst – der sich nach § 5 Abs. 3 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1972 nach der "Verordnung über die Berechnung des Durchschnittsverdienstes und über die Lohnzahlung" (nachfolgend: 1. Durchschnittsentgelt-VO) vom 21. Dezember 1961 (DDR-GBl. II 1961, Nr. 83, S. 551, berichtigt in DDR-GBl. II 1962, Nr. 2, S. 11) in der Fassung der "Zweiten Verordnung über die Berechnung des Durchschnittsverdienstes und über die Lohnzahlung" (nachfolgend: 2. Durchschnittsentgelt-VO) vom 27. Juli 1967 (DDR-GBl. II 1967, Nr. 73, S. 511, berichtigt in DDR-GBl. II 1967, Nr. 118, S. 836) richtete – war stets eine individuelle und gerade keine generelle (etwa alle Beschäftigten in ihrer Gesamtheit erfassende) Bezugsgröße. Zutreffend ist zwar, wie auch die Beklagte vorträgt, dass ein grundsätzlicher Rechtsanspruch des einzelnen Werktätigen auf eine Prämierung in Form von Jahresendprämie nur dann bestanden hat, wenn es der Prämienfonds ermöglichte, mindestens ein Drittel eines durchschnittlichen Monatsverdienstes für diese Form der materiellen Interessiertheit zur Verfügung zu stellen. Zutreffend ist auch, wie die Beklagte weiterhin vorträgt, dass Voraussetzung dafür war, dass Werktätige einen Rechtsanspruch auf die Leistungsprämienart "Jahresendprämie" dem Grunde nach hatten, dass der Betrieb erarbeitete Prämienmittel zumindest in diesem Umfang für die Jahresendprämie bereitstellte. Dass der konkrete betriebliche Prämienfond des Beschäftigungsbetriebes des Klägers in den betroffenen Jahresendprämienjahren diese Voraussetzungen konkret erfüllte, ist im konkreten Fall aber hinreichend tatsächlich glaubhaft gemacht worden, weil der

Kläger sämtliche konkrete Voraussetzungen für einen Rechtsanspruch auf Jahresendprämie in den streitgegenständlichen Jahresendprämienjahren erfüllt. Die Beklagte (und ihr folgend das Sozialgericht) verwirft mit ihrer Argumentation, dass die Anspruchsvoraussetzungen im konkreten Einzelfall dem Grunde nach vollständig glaubhaft gemacht worden sind, wenn sie meint, eine Glaubhaftmachung der Höhe nach von einem Drittel des durchschnittlichen Monatsverdienstes käme nicht in Betracht, weil unklar geblieben sei, ob der Prämienfond den Mindestbetrag in der Mindesthöhe überhaupt zur Verfügung gestellt habe bzw. ob der Betrieb erarbeitete Prämienmittel im Mindestumfang überhaupt für die Jahresendprämie bereitgestellt habe, mithin, ob der Kläger dem Grunde nach überhaupt Anspruch auf Jahresendprämien gehabt habe. Deshalb beinhaltet die Argumentation der Beklagten (und ihr folgend das Sozialgericht) einen unzulässigen, und deshalb unbeachtlichen, Zirkelschluss (sog. *petitio principii*).

Für den Zeitraum ab dem Planjahr 1983 unter Geltung der am 1. Januar 1983 in Kraft getretenen Prämienfond-VO 1982 kann ein derartiges oder ähnliches Ergebnis im Hinblick auf einen individuellen Mindestbetrag einer Jahresendprämie nicht mehr festgestellt werden. Die Prämienfond-VO 1982 legte einen Mindestbetrag oder eine berechenbare Mindesthöhe der Jahresendprämie des einzelnen Werktätigen nicht mehr fest. § 9 Abs. 3 Satz 5 Prämienfond-VO 1982 bestimmte vielmehr nur noch, dass die einzelnen Werktätigen (bei Erfüllung der für sie festgelegten Leistungskriterien und bei Erfüllung und Übererfüllung der für den einzelnen Betrieb festgelegten Leistungsziele) eine Jahresendprämie annähernd in gleicher Höhe wie im Vorjahr erhalten sollten. Damit wurde in der Prämienfond-VO 1982 abweichend von den bisherigen Regelungen der Prämienfond-VOs von 1968, 1971 und 1972 weder eine Mindesthöhe noch eine zwingende Mindestvorgabe festgeschrieben. Insbesondere die Verwendung des Verbs "sollen" in der vorbezeichneten Vorschrift verdeutlicht, dass zwingende oder aus bundesrechtlicher Sicht "justiziable" Mindestbeträge nicht vorgegeben waren, die als generelle Anknüpfungstatsachen gewertet werden könnten. Auch eine "statische Fortschreibung" der zuletzt im Planjahr 1982 unter der Geltung der Prämienfond-VO 1972 ausbezahlten Jahresendprämie des Einzelnen war damit nicht verbunden.

Für die vorliegende Sachverhaltskonstellation haben diese Regelungen damit für die dem Grunde nach glaubhaft gemachten Planjahre 1972, 1975, 1977 bis 1980 und 1982 und damit für die Zuflussjahre 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 Bedeutung, weil der Kläger in diesen Jahren den Zufluss von Jahresendprämien, und damit das Vorliegen der Zahlungsvoraussetzungen, dem Grunde nach glaubhaft gemacht hat. Die Mindesthöhe ist auch konkret berechenbar, weil sich der durchschnittliche Monatsverdienst des Klägers, ausgehend von dem im Feststellungsbescheid der Beklagten vom 9. September 2005 enthaltenen und auf den Lohnnachweisen und Lohnauskäften des ehemaligen Beschäftigungsbetriebes bzw. der Lohnunterlagen verwaltenden Stelle (Entgeltbescheinigung der Lufttechnische Anlagen GmbH vom 3. Juni 2005) basierenden Entgelten, hinreichend individualisiert ermitteln lässt. Etwaigen Ungenauigkeiten bei der so zu Grunde gelegten Bestimmung des durchschnittlichen

Monatsverdienstes bzw. des monatlichen Durchschnittsverdienstes, der sich nach Â§ 5 Abs. 3 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1972 nach der 1. Durchschnittsentgelt-VO in der Fassung der 2. Durchschnittsentgelt-VO richtete, trägt die gesetzliche Regelung des Â§ 6 Abs. 6 AAÖG hinreichend Rechnung, nach der glaubhaft gemachte Entgelte nur zu ¼ Sechsteln zu berücksichtigen sind. Mit dieser Regelung sind Schwankungen die sich aus dem Durchschnittsentgelt nach Maßgabe der vorbenannten Durchschnittsentgeltverordnungen ergeben können, hinreichend aufgefangen, zumal diese Verordnungen sowohl ¼ die Berechnung des Brutto- als auch des Nettodurchschnittsverdienstes galten (Â§ 1 der 1. Durchschnittsentgelt-VO) und der Berechnung des Durchschnittsverdienstes alle Lohn- und Ausgleichszahlungen zu Grunde lagen (Â§ 3 Abs. 1 der 1. Durchschnittsentgelt-VO), mit Ausnahme von ganz besonderen Zahlungen (Â§ 3 Abs. 2 der 1. Durchschnittsentgelt-VO), die ohnehin nicht Grundlage des bescheinigten Bruttoarbeitsentgelts waren (unter anderem Überstundenzuschläge, zusätzliche Belohnungen, besondere Lohnzuschläge, bestimmte lohnsteuerfreie Prämien, Untertageprämien, Ausgleichszahlungen bei Teilnahme an Lehrgängen über 14 Kalendertagen, Ausgleichszahlungen infolge ärztlich bescheinigter Arbeitsunfähigkeit sowie Entschädigungen). Anhaltspunkte dafür, dass derartige besondere Zuschläge und Prämien Bestandteil der im Feststellungsbescheid der Beklagten vom 9. September 2005 enthaltenen und auf den Lohnnachweisen und Lohnauskünften des ehemaligen Beschäftigungsbetriebes bzw. der Lohnunterlagen verwaltenden Stelle (Entgeltbescheinigung der Lufttechnische Anlagen GmbH vom 3. Juni 2005) basierenden Entgelte sind, ergeben sich aus keinem zu berücksichtigenden Blickwinkel.

Dies zu Grunde gelegt, sind ¼ den Kläger Jahresendprämienzahlungen ¼ die in den Planjahren 1972, 1975, 1977 bis 1980 und 1982 erwirtschafteten und in den Zuflussjahren 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 ausgezahlten Jahresendprämien wie folgt zu berücksichtigen:

JEP-An-spruchsjahr Jahresarbeits-verdienst Monatsdurchschnittsverdienst JEP-Mindest-betrag (= 1/3) davon 5/6 (exakt) JEP-Zuflussjahr 1972 11.288,18 M 940,68 M 313,56 M 261,30 M 1973 12.956,04 M 1.079,67 M 359,89 M 299,91 M 1976 14.749,06 M 1.229,09 M 409,70 M 341,42 M 1978 15.098,40 M 1.258,20 M 419,40 M 349,50 M 1979 15.022,63 M 1.251,89 M 417,30 M 347,75 M 1980 15.198,58 M 1.266,55 M 422,18 M 351,82 M 1981 17.760,00 M 1.480,00 M 493,33 M 411,11 M 1983

c) Weil der Kläger den Bezug (irgend-)einer Jahresendprämie ¼ die Planjahre 1972, 1975, 1977 bis 1980 und 1982 in den Zuflussjahren 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 dem Grunde nach nur glaubhaft gemacht hat, deren Höhe aber weder nachweisen noch ¼ über die Mindesthöhe hinaus konkret ¼ glaubhaft machen konnte, kommt eine Schätzung der Höhe dieser Prämienbeträge nicht in Betracht (vgl. dazu ausführlich: BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 ¼ [B 5 RS 4/16 R](#) ¼ SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 7 = JURIS-Dokument, RdNr. 16 ff.). Denn eine weitere Verminderung des Beweismaßstabes im Sinne einer Schätzungswahrscheinlichkeit sieht Â§ 6 AAÖG nicht vor. Hätte der Gesetzgeber

eine Schätzbefugnis schaffen wollen, so hätte er dies gesetzlich anordnen und Regelungen sowohl zu ihrer Reichweite (Schätzung des Gesamtverdienstes oder nur eines Teils davon) als auch zum Umfang der Anrechnung des geschätzten Verdienstes treffen müssen, nachdem er schon für den strengeren Beweismassstab der Glaubhaftmachung nur die Möglichkeit einer begrenzten Berücksichtigung (zu fünf Sechsteln) ermöglicht hat. Auch aus § 6 Abs. 5 AAÖG in Verbindung mit [§ 256b Abs. 1](#) und [§ 256c Abs. 1](#) und 3 Satz 1 SGB VI ergibt sich keine materiell-rechtliche Schätzbefugnis. Rechtsfolge einer fehlenden Nachweismöglichkeit des Verdienstes ist hiernach stets die Ermittlung eines fiktiven Verdienstes nach Tabellenwerten, nicht jedoch die erleichterte Verdienstfeststellung im Wege der Schätzung im Sinne einer Überzeugung von der bloßen Wahrscheinlichkeit bestimmter Zahlenwerte. Die prozessuale Schätzbefugnis gemäß [§ 287 ZPO](#), die nach [§ 202 Satz 1 SGG](#) im sozialgerichtlichen Verfahren lediglich subsidiär und "entsprechend" anzuwenden ist, greift hier von vornherein nicht ein. Denn § 6 Abs. 6 AAÖG regelt als vorrangige und bereichsspezifische Spezialnorm die vorliegende Fallkonstellation (ein Verdienstteil ist nachgewiesen, ein anderer glaubhaft gemacht) abschließend und lässt für die allgemeine Schätzungsvorschrift des [§ 287 ZPO](#) keinen Raum. Indem § 6 Abs. 6 AAÖG die Höhe des glaubhaft gemachten Verdienstteils selbst pauschal auf fünf Sechstel festlegt, bestimmt er gleichzeitig die mögliche Abweichung gegenüber dem Vollbeweis wie die Rechtsfolge der Glaubhaftmachung selbst und abschließend. Eine einzelfallbezogene Schätzung scheidet damit aus. Hätte der Gesetzgeber eine Schätzung zulassen wollen, so hätte er das Schätzverfahren weiter ausgestalten und festlegen müssen, ob und gegebenenfalls wie mit dem Abschlag im Rahmen der Schätzung umzugehen ist. Das Fehlen derartiger Bestimmungen belegt im Sinne eines beredten Schweigens zusätzlich den abschließenden Charakter der Ausnahmeregelung in § 6 Abs. 6 AAÖG als geschlossenes Regelungskonzept (BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 – [B 5 RS 4/16 R](#) – SozR 4-8570 § 6 Nr. 7 = JURIS-Dokument, RdNr. 19). Eine Schätzung ist deshalb nur bei dem Grunde nach nachgewiesenen Zahlungen möglich (BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 – [B 5 RS 4/16 R](#) – SozR 4-8570 § 6 Nr. 7 = JURIS-Dokument, RdNr. 21; BSG, Urteil vom 4. Mai 1999 – [B 4 RA 6/99 R](#) – SozR 3-8570 § 8 Nr. 3 = JURIS-Dokument, RdNr. 17).

3. Die (in der Mindesthöhe in den Jahren 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 glaubhaft gemachten) zugeflossenen Jahresendprämien als Arbeitsentgelt im Sinne der [§§ 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IV](#), 6 Abs. 1 Satz 1 AAÖG waren auch nicht nach der am 1. August 1991 maßgeblichen bundesrepublikanischen Rechtslage (Inkrafttreten des AAÖG) steuerfrei im Sinne des [§ 17 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB IV](#) in Verbindung mit § 1 ArEV (vgl. dazu ausführlich: BSG, Urteil vom 23. August 2007 – [B 4 RS 4/06 R](#) – SozR 4-8570 § 6 Nr. 4 = JURIS-Dokument, RdNr. 33-41, ebenso nunmehr: BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 – [B 5 RS 4/16 R](#) – SozR 4-8570 § 6 Nr. 7 = JURIS-Dokument, RdNr. 13). Es handelt sich vielmehr um gemäß [§ 19 Abs. 1](#) des Einkommensteuergesetzes (EStG) steuerpflichtige Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit (Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Tantiemen und andere Bezüge und Vorteile, die für eine Beschäftigung im öffentlichen oder privaten Dienst gewährt wurden).

III. Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§Â§ 183, 193 SGG](#) und berÃ¼cksichtigt anteilig das VerhÃ¶ltnis zwischen Obsiegen und Unterliegen. Eine vollstÃ¤ndige Kostenerstattung kam â trotz der im Berufungsverfahren nur noch fÃ¼r die Zuflussjahre 1973, 1976, 1978 bis 1981 und 1983 in der MindesthÃ¶he geltend gemachten JahresendprÃ¤mien â nicht in Betracht, weil sowohl im Widerspruchs-, als auch im Klageverfahren JahresendprÃ¤mien auch fÃ¼r die Zuflussjahre 1984 bis 1990 in HÃ¶he von (mindestens) 70 Prozent des Entgelts des jeweils vorangegangenen Kalenderjahres als glaubhaft gemachtes Arbeitsentgelt begehrt wurden. Wegen des Grundsatzes der Einheitlichkeit der Kostengrundentscheidung war eine einheitliche Kostenquote fÃ¼r das gesamte Verfahren zu bilden.

IV. GrÃ¼nde fÃ¼r die Zulassung der Revision nach [Â§ 160 Abs. 2 SGG](#) liegen nicht vor.

Erstellt am: 29.04.2020

Zuletzt verÃ¤ndert am: 23.12.2024